Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile od. deren Raum mit 30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet und in unsr. Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäftsangen. Reklamen die 76 mm breite Zeile 1 Mk. u. 10% Zuschl. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 5a.

Nr. 293. Halle, Mittwoch, den 26. Juni. 1918.

Die großen Reichstagsdebatten.

Reden Hertlings und Kühlmanns im Reichstage. — Die militärische Lage im Gebirge und an der Piavefront.

Das große Mißverständnis.

Der alte Wrangel pflegte zu sagen, wenn er sich korrigieren mußte: „Ich dementier' mir." An dieses in Berlin geflügelt gewordene Wort des greisen, längst verstorbenen Feldmarschalls wird man erinnert, wenn man die zweite Rede des Staatssekretärs liest, die er am gestrigen Tage seiner überall Verblüffung auslösenden Rede vom Tage zuvor folgen lassen mußte. Wir haben auf diese Weise gestern erfahren, was Herr von Kühlmann eigentlich am Montag hatte sagen wollen.

Bevor Herr von Kühlmann Gelegenheit zu seiner Dementier-Rede bekam, sprach nun doch noch der Reichskanzler. Es war unschwer, aus seiner Rede so etwas herauszulesen, wie ein gewisses Bedauern, daß er diesem Staatssekretär die gewiß nicht große Aufgabe anvertraut hatte, sein Ressort zu vertreten. Graf Hertling sprach, weil er mußte. Er ergriff das Wort, weil ihm nach den Leistungen des Staatssekretärs von Kühlmann nichts anderes übrig blieb! Und so legte er denn knapp, aber doch genügend dar, weshalb er eigentlich nicht hatte sprechen sollen. Das waren Gründe, die sich hören lassen. Der Reichskanzler zieht die Konsequenzen aus den mit seinen Reden gemachten Erfahrungen und überläßt alle Friedensoffensiven den militärischen Führern Hindenburg und Ludendorff. Seine Erfahrungen gehen nach seinen Ausführungen dahin, daß andere Friedensoffensiven verfrüht sind. Alles das läßt sich hören. Das sind Worte, die so ganz anders klingen, wie die Ausführungen des Herrn von Kühlmann vom Tage zuvor. Heute können wir aussprechen: Herr von Kühlmann hätte durch seine — unter Berücksichtigung seiner neuen Rede, wollen wir sagen — Ungeschicklichkeit in der Form und in der Ausdrucksweise großes Unheil anrichten können! Aber die Siegeszuversicht im deutschen Volke ist im Vertrauen auf Heer und Führer so stark, daß auch einige Tapsigkeiten sie nicht zu erschüttern vermögen. So hatten die Kühlmannschen „Undeutlichkeiten", um uns ganz zart auszudrücken, nur die Folge, daß wir erneut erkannten, wie stark der Glaube an die deutschen militärischen Führer ist. Der durch Herrn von Kühlmanns der Auslegung bedürftigen Rede zum Sprechen veranlaßte Reichskanzler fand warme Worte, um den Glauben des deutschen Volkes zu skizzieren: „Von einer Erschütterung der Siegeszuversicht kann selbstverständlich nicht die Rede sein. Nach wie vor stehen Kaiser und Reich, Fürst und Volk einig und vertrauensvoll zusammen. Sie vertrauen auf unsere unvergleichlichen Truppen. Sie vertrauen auf unser einheitlich und unerschüttert zusammenstehendes Volk und seine Haltung, wie wir es seit Jahren zu bewundern haben."

Und dann sprach der Dementierkünstler Kühlmann. Er gebrauchte viele Worte und konnte doch den Eindruck nicht verwischen, den er am Montag hervorgerufen hatte. Er will sein Stenogramm nicht korrigiert haben, was man ihm vorgeworfen hat, er will falsch verstanden sein und die Schuld soll durchaus nicht auf seiner Seite liegen. Es hilft heute nichts mehr! Nachdem sich einmal die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß dieser Staatssekretär fähig war, so daneben zu hauen, wie er es am Montag getan hat, hat er die letzten Freunde hinweggeraukt. Der Ring schließt sich, und zwar nicht deshalb, weil er eine Politik getrieben hat, die verworfen werden muß, sondern weil ihm Ungeschicklichkeiten passiert sind, die nun einmal einem in vorderster Linie stehenden Staatsmann nicht passieren dürfen. Herr von Kühlmann hat, das kann und muß heute ausgesprochen werden, bei keiner Partei Freunde mehr. Wer bisher seine Politik verteidigte und deshalb ihm zur Seite stand, läßt ihn heute fallen als Folge der Wirkung seines Auftretens am Montag. Man kann dankbar anerkennen, was er in Brest-Litowsk und später in Bukarest geleistet hat — es handelt sich auf alle Fälle um eine große, mühevolle Arbeitsleistung —, und doch der Meinung sein, daß er nach dem Verlauf des Montags nicht ganz der rechte Mann auf einem so wichtigen Posten ist. Er hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn ein Hamburger Blatt sagen konnte, daß sein Auftreten „peinlich an die Diplomatie des Fürsten Lichnowsky erinnerte".

Seine Rede zeigte schließlich ja nicht nur einen Zwiespalt. Auch in der Einschätzung Englands harmoniert Kühlmann, der sich bezüglich der militärischen Leistungen zweifellos nicht mit den allein zuständigen militärischen Instanzen in Verbindung gesetzt hat, nicht mit anderen Instanzen unserer Regierung. So wollen wir hier nur an die jüngste Kaiserrede erinnern, in der uns England als „der" Feind hingestellt wurde. Herr von Kühlmann aber möchte das Steuer ein wenig nach der anderen Seite herumdrehen. Unverkennbar wies er auf eine Annäherung an England auf Kosten Rußlands hin. Dieser Gegensatz wird auch durch die gestrige Dementier-Rede nicht verwischt. Sodann hieß es in der gleichen Kaiserrede: „In dem Entscheidungskampf um Deutschlands Dasein und Lebensberechtigung muß der Sieg erzwungen werden." Herr von Kühlmann aber sagte auch in seiner gestrigen Rede: „Durch rein militärische Entscheidungen allein kann ein absolutes Ende kaum erwartet werden." Man kann ganz dahingestellt sein lassen, wer in der Zukunft recht behalten wird. Das hindert nichts daran, daß man derartige Disharmonien in der Auffassung aufs lebhafteste bedauert.

Der vereinsamte Herr von Kühlmann soll, wie auch die „Köln. Volksztg." schreibt, am Montag gesprochen haben wie einer, der selber nicht an den Dingen interessiert ist, über die er redet und als ob ihm am Reichstage nichts mehr läge. Diese Gleichgültigkeit beruht auf Gegenseitigkeit. Selbst die eifrigsten Verfechter der Ideen des Herrn von Kühlmann werden diesen Staatsmann nicht mehr zu halten suchen. Und auch im Volke denkt man mit einigem Unbehagen daran, daß einem Manne, der eine Rede hielt, die so klar war, daß sie eingehender Klärung bedurfte, die zukünftigen schwierigen und großen Aufgaben der Diplomatie anvertraut sein könnten! Es war schließlich ein wahres Wort, daß einer der letzten Redner der gestrigen Sitzung, der Abg. Haase, gebraucht hat: Herr von Kühlmann hat nicht gewußt, in Schönheit zu sterben. Wenn der jetzt so scharf angegriffene Staatssekretär das Auswärtige Amt in absehbarer Zeit verläßt, dann ist das nicht der Fall, weil er über seine Ideen stolperte, sondern über seine eigene Ungeschicklichkeit.

C. H.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 25. Juni, abends.
Von den Kampffronten nichts Neues.

Wiener Bericht.

50000 Italiener gefangen, 150000 Mann Gesamtverluste der Italiener.

WTB. Wien, 25. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Gestern war die Gebirgsfront zwischen Asiago und der Piave wieder der Schauplatz heftiger Kämpfe. Der Feind bot alles auf, um die am 15. Juni verlorenen Höhenstellungen wieder zurückzuerobern. Am Monte di Val Bella, Col de Rosso, Asolone, Salarolo und Monte Pertica wurde den größten Teil des Tages erbittert gerungen. Die Italiener wurden überall, an mehreren Stellen durch Gegenstoß, zurückgeworfen. Die vorliegenden Meldungen schildern das über alles Lob erhabene Verhalten der an den Kämpfen beteiligten Infanterie und Artillerie und erwähnen besonders die Infanterie-Regimenter 9 (Galizien), 53 (Kroatien), 114 (Ober- und Niederösterreich), 120 (Schlesien) und bosnisch-herzegowinisch 4.

Im Montellogebiet und südlich davon fühlte der Feind mit Patrouillen an der Piave vor. Im Raume von San Donna hatten die den Uferwechsel unserer Divisionen sichernden Deckungstruppen in den letzten Tagen starke Angriffe abzuwehren. Unsere Bewegungen vermochten auch hier planmäßig und ohne Verlust an Kriegsgerät durchgeführt zu werden.

Seit dem 15. Juni büßten die Italiener über 50 000 Mann an Gefangenen, darunter etwa 1100 Offiziere, ein. Die Gesamtverluste des Feindes sind bei strengster Schätzung mit 150 000 Mann zu berechnen.

Der Chef des Generalstabes.

Der Sturmerfolg der Brandenburger.

WTB. Berlin, 25. Juni. (Drahtnachricht.) Brandenburgische Landwehr stürmte am 24. Juni im Morgengrauen nach kurzer kräftiger Artillerie- und Minenwerfervorbereitung, von Flammenwerfern und Angehörigen eines Sturmbataillons wirksam unterstützt, die feindlichen Stellungen beiderseits der Straße Dremeil-Badonvillers. Gleichzeitig drangen Thüringer in das besetzte und zäh von Amerikanern und Franzosen verteidigte brennende Dorf Neuveuillers ein. Nach kurzem Kampfe wurde der Gegner überwältigt. Mehrere stark belegte Unterstände in den Stellungen wurden gesprengt, andere von den Flammenwerfern ausgeräuchert. Der Gegner ließ 11 Offiziere und über 60 Gefangene sowie sechs Fußsl Mitrailleurs in unserer Hand und erlitt hohe blutige Verluste, wie die große Zahl von Toten in den genommenen Stellungen bewies. Nach gründlicher Zerstörung der feindlichen Gräben kehrten die Truppen befehlsgemäß in die Ausgangsstellung zurück.

Die Stimmungen in England.

Zürich, 25. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) In einem Londoner Berichte der „Neuen Zürcher Zeitung" heißt es: London sei mehr denn je die Stadt der Gegensätze in einem Augenblick, wo sich vielleicht die Entscheidungsschlacht in Frankreich vorbereitet. In den öffentlichen Gesprächen sei viel von einem neuen Plane des Generals Foch die Rede, von dem man sich die Rettung der Stadt Paris und der Küste versprechen. Jedenfalls sei man in England entschlossen, sich nicht für besiegt zu erklären, ebenso wie man um jeden Preis die Herrschaft des Meeres aufrechterhalten wolle. Immerhin ziehe die öffentliche Meinung heute schon die Möglichkeit in Betracht, daß sich auf dem Kontinent das Waffenglück vollständig gegen England wenden könnte. Die Stimmung in London sei, wenngleich es auch hier Pessimisten und Anhänger des Verzichtfriedens gebe, im ganzen recht zuversichtlich. Ganz andere Stimmen höre man dagegen aus Mittel- und Nordengland. Hier sei der Gegensatz zur Regierung sehr scharf. In London scheine übrigens unter der Diktatur Lloyd Georges eine Aera von Verdächtigungen und Skandalen nach Pariser Muster im Anzuge zu sein. Es werden in letzter Zeit, genau wie das in Paris geschieht, Namen von Leuten genannt, die mit mehr oder minder großer Deutlichkeit des Verrats beschuldigt werden.

Die neugierigen Engländer.

Der Verkehr auf der Limburger Bahn.

Haag, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Reuter meldet aus London: Im Unterhause fragte Robert Mc. Neill nach den Bedingungen, unter denen die niederländische Regierung den deutschen Güterverkehr über die Limburger Eisenbahnlinie führe, ob dieser Güterverkehr der genauen Kontrolle unterworfen sei und ob der Verkehr auch militärische Artikel betreffe. Lord Robert Cecil antwortete, die englische Regierung habe die niederländische Regierung zu wiederholten Malen ersucht, eine Darlegung des mit Deutschland getroffenen Abkommens zu geben. Ich muß jedoch zu meinem Bedauern erklären, daß, abgesehen von der Erklärung, der Güterverkehr sei lediglich für den zivilen Gebrauch bestimmt, dem Ersuchen nicht entsprochen worden sei.

Vielleicht denkt die holländische Regierung: Schweigen ist auch eine Antwort!

Demission des holländischen Marineministers.

WTB. Haag, 25. Juni. (Drahtnachricht.) Das Korrespondenz-Bureau erfährt von amtlicher Seite, daß der Marineminister wegen des Aufschubs der Ausfahrt des holländischen Regierungskonvois nach Indien am 20. Juni der Königin seine Demission angeboten hat.

Holländisches Schiff gesunken.

WTB. Amsterdam, 25. Juni. (Drahtnachricht.) Wie die niederländische Telegraphen-Agentur aus dem Haag erfährt, ist das alte Schiff der holländischen Marine „Adolf von Nassauen" im Hafen von Nieuwediep gesunken. Es ereignete sich kein Unfall.

Die Kämpfe an der mongolischen Grenze.

Haag, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Das holländische Nieuwe Büro erfährt aus Peking, daß nach dem Rückzuge Semenows an drei Stellen heftige Kämpfe entbrannten, in denen Semenow die bolschewistischen Truppen zurückwarf.

Japans weitere Festsetzung in China.

Haag, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Aus Schanghai wird gemeldet, daß zwischen Japan und China über die Ausbeutung der sehr reichen Eisenminen in Tegyanchan in der Nähe von Nanking ein Abkommen getroffen wurde. China wird die Minen ausbeuten, während die Stahlerzeugung von China und Japan gemeinschaftlich betrieben werden wird. Japan streckt für die Ausbeutung vorläufig 20 Millionen Yen vor und erhält dafür tatsächlich die Kontrolle über die ganze Ausbeute.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180626014/fragment/page=0001

Eine Aufklärungsrede Kühlmanns.

Der Reichskanzler nimmt selbst das Wort. — Die ungebrochene Siegeszuversicht des deutschen Volkes. — Die Dementierrede des Staatssekretärs von Kühlmann. — Wie die Montag-Rede aufgefaßt werden soll. — Die Korrekturen im Stenogramm. — Die Redner der Fortschrittler, Nationalliberalen, Unabhängigen und der Deutschen Fraktion.

(Eigener drahtlicher Reichstagsbericht der „Saale-Zeitung".)

Berlin, 25. Juni.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler Graf Hertling, Staatssekretär von Kühlmann.

Der Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr.

Zunächst werden Anfragen erledigt. Auf eine Anfrage wegen

Verteuerung der Ruhrkohlenprodukte

durch Beförderung auf den Wasserstraßen bei erhöhten Tarifen wurde erklärt, daß infolge Belastung der Eisenbahn auf den Wasserweg nicht verzichtet werden könne, namentlich nicht für den Süden Deutschlands. Es wird aber erwogen, einen Preisausgleich zu schaffen.

Auf eine weitere Anfrage wegen

unmenschlicher Behandlung eines gefangenen Offiziers

und fünf Mann des Regiments 118 durch Engländer wird erklärt, daß, falls sich diese Mitteilung als wahr erweisen sollte, schärfste Sühne gefordert wird. Auf eine Anfrage wegen der Gefangenen in Malta wird erklärt, daß nach den Berichten des dänischen Konsuls die deutschen Gefangenen auf Malta namentlich hinsichtlich der Ernährung erheblich besser gestellt seien als im Inlande. Wegen der Zurückhaltung von Internierten seien wiederholt Schritte bei der englischen Regierung unternommen worden. Die Verhandlungen im Haag würden hoffentlich auch hierüber zu einer Verständigung führen.

Auf eine weitere Anfrage wird erwidert, daß die Frage

der Gewährung des Feldpostrechtes

an die Lehrer im Gebiet des Generalgouvernements Warschau geprüft werden soll.

Die Anfrage wegen Verwendung von Einberufenen aus der Landwirtschaft behufs

Sicherung der Volksernährung

wird dahin beantwortet, daß zwar von der Befreiung einer ganzen Berufsklasse von der Einberufung nicht die Rede sein könne, daß aber möglichst Rücksicht auch bei der Urlaubserteilung genommen werden wird und daß auch der Landwirtschaft durch Zuweisung von Kriegsgefangenen und durch besondere Maßnahmen zur Erledigung des Frühdrusches geholfen werden soll.

Hierauf wird die Beratung des Haushalts des Reichstages und des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Darauf nimmt sofort der

Reichskanzler Graf von Hertling

das Wort. Er führt aus:

Meine Herren! Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mich an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Die Gründe, welche mich zu dieser Zurückhaltung bestimmten, liegen auf der Hand. Es sind die Erfahrungen, die ich mit meinen Amtsvorgängern über

die Erfolge unserer Reden

gemacht habe. Sprachen wir von unserer friedfertigen Gesinnung, von unserer Friedensbereitschaft, so wurde das von den Gegnern als ein Symptom der Schwäche und unseres unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs aufgefaßt, auf der anderen Seite als eine lügig gestellte Falle. Sprachen wir dagegen von unserem unerschütterlichen Willen, den uns aufgezwungenen Eroberungskrieg abzuwehren, so hieß es, das ist die

Stimme des preußischen Militarismus,

dem auch die leitenden Staatsmänner sich wohl oder übel fügen müssen. Ich bin am 24. Februar d. J. einen Schritt weiter gegangen. Ich habe damals ausdrücklich Stellung genommen zu der Botschaft des Präsidenten Wilson. Ich habe seine bekannten vier Punkte besprochen und grundsätzlich meine Zustimmung zu diesen vier Punkten erklärt. Ich habe gesagt, daß die vier Punkte möglicherweise die

Grundlage für einen allgemeinen Weltfrieden

werden können. Irgend welche Aeußerung des Präsidenten Wilson ist darauf nicht erfolgt. Alles das hat seinen Zweck. (Sehr richtig!) Nach den Mitteilungen, die mir aus den feindlichen Staaten, insbesondere aus Amerika, geworden sind, ist mir deutlich zum Bewußtsein gekommen, was unter dem Friedensbund, unter dem Bund der Völker, dem Völkerbund für Freiheit und Gerechtigkeit zu verstehen sei. (Sehr richtig!) Deutlich lassen da unsere Gegner erkennen, daß sie

der Kern dieses zu bildenden Völkerbundes

sein würden, daß unsere Gegner keine Schwierigkeiten haben würden, das ihnen unbequeme und störende Deutschland zu isolieren und ihm durch wirtschaftliche Abschnürung den Lebensodem auszulöschen. (Sehr wahr!) Ich habe es für angemessen gehalten, daß der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Mitteilungen über die Einzelheiten aus der politischen Lage im Osten von Finnland bis zum Schwarzen Meer hier machen möchte, der dazu berufen war, auf Grund seiner Sachkenntnis, auf Grund der Erfahrungen, die durch seine mehrmonatige aufopfernde und erfolgreiche Teilnahme an den Verhandlungen gemacht worden waren. Ich bin der Meinung, daß der Herr Staatssekretär sich dieser Aufgabe durchaus sachgemäß entledigt hat. Dagegen haben seine Ausführungen, wie ich zu meinem Bedauern konstatieren muß,

in weiten Kreisen eine mehr oder weniger unerfreuliche Aufnahme

erfahren. (Sehr wahr, sehr richtig!) Der Herr Staatssekretär sprach über die Schuldfrage. Diese Schuldfrage können wir getrost der Geschichte überlassen. Schon jetzt liegen Zeugnisse vor, daß Deutschland nicht schuld am Kriege war, daß es nicht die Fackel zum Weltbrand entzündet hat. (Sehr wahr!) Ich halte mich jedoch für verpflichtet, ein Mißverständnis aufzuklären, das, wie mir scheint, der Auffassung des zweiten Teiles der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zugrunde liegt. Die Tendenz dieser Ausführungen des Herrn Staatssekretär war lediglich, die Verantwortung an der Fortsetzung und unabsehbaren Verlängerung des entsetzlichen Krieges den feindlichen Mächten zuzuschieben, ganz in dem Sinne, wie ich es am 24. Februar d. J. getan habe. Meine Herren! Von einer Verringerung unseres Willens, von einer

Erschütterung dieser Siegeszuversicht

kann danach selbstverständlich nicht die Rede sein. (Lebhafter Beifall links.) Nach wie vor ruhen Kaiser und Reich, Fürsten und Volk einmütig und vertrauensvoll zusammen. Sie vertrauen auf unsere unvergleichlichen Truppen. (Lebhafter Beifall!) Sie vertrauen auf unser einheitlich und unerschütterlich zusammenhaltendes Volk und seine Haltung, wie wir sie seit Jahren zu bewundern haben. Wir dürfen hoffen, daß der Allmächtige, der uns bisher geholfen hat und uns von Sieg zu Sieg geführt hat, diese Treue des deutschen Volkes belohnen wird.

Ueber die Einzelheiten wird der Herr Staatssekretär selbst das Wort ergreifen, um das Mißverständnis aufzuklären.

Staatssekretär v. Kühlmann:

Graf Westarp hat am Schluß der gestrigen Verhandlungen, denen ich leider infolge dringender Amtsgeschäfte nicht mehr beiwohnen konnte, verschiedene Kommentare zu meinen Ausführungen gemacht, denen ich teils beitreten kann, teils aber sehr nachdrücklich entgegenzutreten gezwungen bin. Ich habe gestern gesagt, wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir gegenwärtig auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so würde vor allen Dingen auch als Vorbedingung notwendig sein, daß man ein gewisses Vertrauen in die Anständigkeit und Ritterlichkeit der Gegenseite setzt. Solange jede Eröffnung eines solchen Gedankenaustausches von dem anderen Teile als Friedensoffensive, als Falle, als falsches Unternehmen, um Zwietracht zwischen die Verbündeten zu säen, aufgefaßt werden kann, solange jeder Annäherungsversuch sofort auf das heftigste bekämpft wird, solange ist nicht abzusehen, wie irgend ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führt. In einem solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionsfriedens und bei der Zahl der in ihm begriffenen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen, ein Ende nicht erwartet werden können. (Lebhafte Zurufe: Lesen Sie aus dem unkorrigierten Stenogramm?)

Ich habe nichts korrigiert,

was den Sinn meiner Rede berührt. (Lebhafte Unruhe.) Ich fuhr fort: Unsere Stellungen auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die feste Entschlossenheit im Innern gestatten uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß unsere Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist. Wir wollen hoffen, daß unsere Gegner den Weg finden, um mit einem Friedensangebot an uns heranzutreten, welches den deutschen Interessen entspricht und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügt. Nun hat Graf Westarp in seiner Rede davon gesprochen, daß sie einen Appell an den guten Willen Englands gerichtet hätten.

Das hat mir total ferngelegen.

Dieser Appell richtet sich an niemand besonders und aus dem Zusammenhang meiner Rede geht hervor, daß die Absicht war: Verhandlungen von Parlament zu Parlament und von Rednertribüne zu Rednertribüne — darüber wird wohl allgemeine Uebereinstimmung herrschen — läßt sich eine Lösung nicht finden. Also bleibt nichts übrig als der Weg des Vertrauens und der diplomatischen Fühlungnahme. Dieser Weg wird gleichfalls hoffnungslos verbaut von den Gegnern, da jede derartige Anregung von vornherein mißdeutet wird. Meine Absicht war, dabei zu zeigen, daß die Gegner jeden Weg, der zur Verständigung führen kann, vollständig verrammeln.

Weiter hat Graf Westarp ausgeführt, die Aufforderung, uns nicht jeden guten Glauben abzusprechen, sei bei den Engländern

an die falsche Adresse

gerichtet. Ich beziehe mich auf das eben Gesagte. Dann hat Graf Westarp gesagt: aus gutem Willen würden unsere Feinde nicht in Verhandlung treten, sondern sie müßten dazu gezwungen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich unterschreibe jedes Wort, aber wo ist der Glaube und der Appell an den guten Glauben? Haben wir nicht Siege zu verzeichnen, so groß, wie sie die Geschichte kaum verzeichnet? Erwarten nicht unsere Feinde, wie deren Presse prophezeit, jeden Monat neue große Schläge? Graf Westarp meinte, die Voraussetzungen für einen guten Frieden bleiben nur der Sieg unserer Waffen.

Schritte auf der Treppe.

Roman von Marie Stahl.

63. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Heiner reiste also ab, mein Vater setzte durch, daß er sich nur schriftlich auf dem weißen Berg empfahl, und brachte ihn und mich zur Bahn.

Sehr kurze Zeit darauf konnte er, mein Vater, ihm folgendes mitteilen: Der Vater Eleonoras arbeitet als gemeiner Verbrecher im Zuchthaus, wegen Betrug und Fälschung, nachdem er das große Vermögen seiner Frau durchgebracht mit Spiel und Trunk. Ihre unglückliche Mutter hatte sich erhängt.

Was Heiner mit sich durchgekämpft hat, wußte nur er allein. Er ist nie nach dem weißen Berg zurückgekehrt, und als ich ihn bald nach dieser Enthüllung einmal persönlich fragte, ob er noch in irgendwelchen Beziehungen zu Fräulein von Binski stände, sagte er: Nein, die Sache ist zu Ende. Und Heiner log nicht. Auch hatte er meinem Vater geschrieben, als er ihm für seine Bemühungen dankte, daß unter diesen Umständen selbstverständlich an eine Verheiratung mit Fräulein von Binski nicht zu denken sei.

Es mag ihn zurzeit viel gekostet haben, aber Heiner war ein viel zu stolzer, rechtlicher Charakter, um Eleonora von Binski die Unwahrheiten zu verzeihen, die sie ihm über ihre Eltern gesagt mit bewußter Täuschung. Und die Vereinigung mit der verbrecherischen Familie hätte sein Stolz nicht ertragen. Nach der Trennung kam wohl auch die Ernüchterung, und er sah ein, daß er gefangen werden mit allen Mitteln der Verführungskunst. Es kam uns zu Ohren, ihr Onkel habe gesagt, wenn es ihr gelänge, den jungen Grafen festzumachen, würde er ihr eine Mitgift wie einer Tochter geben und ihr eine Ausstattung aus Paris kommen lassen. Zugleich ging das häßliche Gerücht, daß dieser Onkel in unerlaubten Beziehungen zu ihr stände, was jedenfalls nicht verbürgt ist. Doch fühlte ich mich verpflichtet, Heiner diesen Klatsch zur eigenen Begutachtung mitzuteilen, denn es war sowohl meine als meines Vaters Ansicht, daß er um jeden Preis von dieser unheilvollen Heirat zurückgehalten werden müsse."

Ebernitz hatte bis jetzt stumm zugehört, nur ab und zu dem kühlen Trunk zugesprochen. Jetzt unterbrach er Herrn von Stempel.

„Und Sie haben tatsächlich den Verdacht, es könne ein Racheakt von seiten dieser Dame vorliegen?"

Es lag mehr als Zweifel im Ton dieser Frage; er glaubte nicht daran.

„Offen gestanden, ja. Sie war eine Vollblutpolin, wenn auch mit dem Fixnis deutscher Kultur. Sie kennen diese Rasse nicht wie ich. Ich glaube, daß ihre Leidenschaft für Heiner Ahenburg aufs heftigste ging. Wenn ich mir diese ganze Liebesepisode zwischen beiden in das Gedächtnis zurückrufe, muß ich sagen, nie vorher oder nachher habe ich ein Weib in solch einem lodernden Feuer der Liebesleidenschaft gesehen. Und als ich von der unerhörten Mordtat kurz vor seiner Hochzeit hörte, war mein erster Gedanke, der mich wie ein Blitz traf: Das ist Eleonora von Binskis Rache."

„Weitere Beweise haben Sie nicht?"

„Nein, ich wollte darum bei Ihnen anfragen, ob nicht irgendeine Person in Ihrer Umgebung oder in der Nachbarschaft aufgetaucht sei, vorher oder nachher, die mit dieser Episode in Verbindung zu bringen wäre."

Ebernitz schüttelte den Kopf, doch er wurde sehr nachdenklich.

Warum fiel ihm nur plötzlich ein, was seinem Gedächtnisse entschwunden war, daß Heiner Ahenburg bei der ersten Begegnung Lore Olden als Bekannte begrüßte? Und daß sie mit nicht recht verständlicher Kälte und Schroffheit alles ablehnte mit dem Worte: „Ich kenne den Herrn Grafen nicht?" Die Aufregungen des Tages hatten den Eindruck jener kleinen Szene schnell verwischt. Lore Olden war eine Polin; er wußte, daß sie in großen Verhältnissen gelebt und einer verhängnisvollen Familienbegebenheit wegen — sie sagte politischer Natur — ihren kompromittierten Vaternamen gesetzlich gegen den ihrer deutschen Mutter vertauscht hatte. In Rußland wären ja solche Verfehlungen gegen die Staatsregierung durchaus nichts Seltenes. Den abgelegten polnischen Familiennamen kannte er nicht.

Diese Gedanken stürmten jäh auf ihn ein, es war, als fiele das grelle Licht eines Scheinwerfers in einen bodenlosen Abgrund voll Grauen und Entsetzen, und ein seltsam lähmendes eisiges Gefühl kroch ihm über den Rücken. Er wandte sich schaudernd ab; er konnte dem Verdachte, den sein furchtbares Antlitz aus der Tiefe hob, nicht die Stirn bieten. Um keinen Preis hätte er dem Baron Lore Oldens Namen nennen mögen.

„Die peinlichsten Nachforschungen und Untersuchungen ergaben, daß kein Fremder zu jener Zeit in Radeland und Umgegend von irgendeinem Sterblichen gesehen wurde," entgegnete er Herrn von Stempel, doch es wurde ihm schwer, diesen zusammenhängenden Satz zu formen; es war, als habe sich etwas auf seine Brust gewälzt, das ihm den Atem nahm.

Alle weiteren Erörterungen und Mitteilungen über die Geschehnisse, die mit dem Mord zusammenhingen, wurden ihm zu einer unerträglichen Pein, er hatte nur den einen Wunsch, wieder mit sich allein zu sein. Und schließlich tat er doch die Frage, vor der er sich fürchtete: „Können Sie mir ein Bild von der äußeren Erscheinung Fräulein von Binskis geben? War sie brünett?"

„Es ist schwer, diesen Reiz annähernd verständlich zu machen," entgegnete der Baron. „Sie hatte das weiche, slawische Gesicht und die feurige Grazie und Eleganz der Polin in Gestalt und Haltung. Dazu eine entzückende Ueppigkeit und anmutige Rundung der Formen, die jedoch noch streng die Grenze der schönen, jugendlichen Linie und die Feinheit der Gliederung innehielt. Ihr größter Zauber aber lag wohl in ihren Augen und in ihrer Stimme. Solche Augen haben nur Polinnen, ich möchte sie schwarze Diamanten nennen. Und ihre Stimme — ja, wie soll ich mich ausdrücken? — sie war wie eine schmeichelnde, lockende Musik. — Aber, was ist Ihnen? Ich fürchte, Ihnen ist nicht wohl. —"

„Nein, nein, danke, das gibt es bei mir nicht — es ist nur etwas heiß."

Ebernitz atmete schwer und wischte sich mit dem Tuch den Schweiß von der Stirn. Sein Gesicht war fahl geworden. Der Baron wunderte sich, denn vom Meer kam ein frischer Hauch. In diesem Augenblick wurde unten ein Telegramm an der Plakatsäule veröffentlicht, es gab einen Auflauf erregter Menschen. Herr von Stempel empfahl sich schnell, in gespannter Erwartung der neuesten politischen Nachrichten. Ebernitz sagte, er würde morgen mit dem ersten Schnellzug abreisen, so verabschiedeten sie sich, und der Baron versprach einen Besuch in Radeland mit seiner Frau, wenn die Umstände es gestatteten, doch beiden war es fast eine Gewißheit, daß dieser Besuch durch die Weltereignisse vereitelt werden würde.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180626014/fragment/page=0002

(Zustimmung rechts.) Dem stimme ich vollkommen zu. Der

Sieg ist auf unserer Seite

und wir hoffen auch, ihn in Zukunft zu erringen, solange bis die Gegner zu Eröffnungen bereit sind, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge tun. Ferner hat Graf Westarp ausgeführt, wie unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird das Schwert auch den Frieden im Westen bringen müssen. Der Verlauf im Osten ist aber der gewesen, daß die Gegner, als sie einsahen, daß weiterer Widerstand nur noch überflüssige Opfer bedeutet, die Russen auf dem Wege des Funkspruches, die Ukrainer auf dem Wege der Delegation nach Brest-Litowsk, die Rumänen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen uns ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, in Verhandlungen einzutreten. In der Rede des Grafen Westarp hieß es weiter,

die Fassung meiner Erklärung

habe es vielfach zweifelhaft erscheinen lassen können, ob ich auch der Meinung gewesen wäre, die ich soeben ausgesprochen habe. Ich lege den größten Wert darauf, festzustellen, daß ich durchaus dieser Meinung gewesen bin. Uebrigens steht das Wort des Grafen Westarp, er könne sich nicht denken, daß ich anderer Meinung gewesen wäre, dem entgegen. Als Graf Westarp gestern sprach, hatte ich den Reichstag bereits verlassen. Ich

konnte da also mein Stenogramm gar nicht korrigiert

haben, das gebe ich den Herren zu bedenken, die vorhin der Meinung Ausdruck gaben, ich hätte das Stenogramm geändert. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Schließlich hat Graf Westarp mir den Gedanken zugeschrieben, ich wolle nicht die Entscheidung durchmachen, sondern durch Verhandlungen herbeiführen. Dagegen muß ich auf das entschiedenste protestieren. Graf Westarp hat ja sofort gesagt, er könne sich nicht denken, daß ich eine solche Meinung gehabt hätte. Indem man das Wort „nur" in meine Ausführungen hineinlegte — der Staatssekretär zögert einen Augenblick mit dem Weiterversprechen —, vollzog man eine Umkehr dessen, was ich gesagt habe, daß nämlich durch rein militärische Erfolge allein ohne diplomatische Verhandlungen das Ende nicht herbeigeführt werden könne. Dabei lag der Schwerpunkt auf den militärischen Erfolgen und die diplomatischen Verhandlungen wurden als sekundär gekennzeichnet. Hätte ich gesagt, wovon Graf Westarp sprach, er könne es sich nicht denken, daß ich das zum Ausdruck bringen wolle, dann wäre der Angriff im vollsten Maße gerechtfertigt. Der Verlauf wird immer der sein, wie er von mir kurz gekennzeichnet worden ist: der militärische Erfolg ist die Voraussetzung und die Grundlage der diplomatischen Verhandlungen. Meine gestrige Aufgabe als Diplomat (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Diplomat?) war, von hoher Warte zusammenfassend, die Ereignisse zu überblicken. Da mußte auch akademisch und theoretisch die Möglichkeit erörtert werden, wie die militärischen Erfolge auf dem Wege der Verhandlungen ausgenützt und gesichert werden könnten. Nun hat Graf Westarp noch gesagt, meine Ausführungen werden im Felde eine Wirkung ausüben, die er nicht mehr ausmalen wolle und sie hätten sich auch in einen scharfen Gegensatz gesetzt zu Kundgebungen anderer Art, die er in letzter Zeit oft genug gehört habe, Kundgebungen dahin, daß nur der Sieg der deutschen Sache zum Frieden führen kann. Nachdem Graf Westarp selbst mehrfach sagte, er könne sich das nicht denken, und nachdem ich bestimmt versichert habe, daß es

mir nicht eingefallen ist, das zu sagen,

muß ich die Folgerungen auf das entschiedenste zurückweisen. Wir vertrauen auf die Siege der Vergangenheit und hoffen auf die Siege der Zukunft. Und an diese Siege werden sich die diplomatischen Verhandlungen anschließen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Naumann (Fortschr. Vp.): Die Wartezeit an der Westfront ist vorüber. Wir sind nicht mehr das umstellte Tier. Unsere genialste militärische Führung hat keine übertriebenen Hoffnungen geweckt. Wir brauchen keine Aufzeichnungsmittel, wir führen den Krieg nicht als eine Art riesenhaften Sport; unsere Soldaten sind auch nicht wie Banditen, wie sie von der anderen Seite hingestellt werden. Unsere Truppen sind einfach in der deutschen Erziehung zur Pflicht und zur Menschlichkeit aufgewachsen. Einen absoluten Sieg über die zusammengeballte Menschheit werden wir vielleicht nie erringen, so denken viele im Felde, ohne daß sie etwas von dem heiligen Feuer der Hingabe verlieren. Diese Auffassung ist in der Mehrheit des Volkes zu Hause. Der deutsche Soldat braucht indes nichts als die Wahrheit. Das deutsche Volk wird den gewaltigen Ansturm aushalten, wenn man es für alle Bürger- und Menschenrechte für würdig hält. (Lebhafter Beifall.) Die einstimmige feste Ueberzeugung der vier Jahre ist, daß

Deutschland nicht totzumachen ist.

Das Prophezeien über das Niederringen der anderen ist Scharlatanerie.

Abg. Stresemann: Wir

bedauern auf das allertiefste,

daß hier ausgesprochen wurde, daß wir militärisch nicht zum Ende des Krieges kommen werden. Wir sind aus der Periode des Stellungskrieges heraus. Da sollte man alles vermeiden, was die Siegeszuversicht im Volke vermindern könne. Wenn der Sieg unser ist, müssen wir ihn benutzen, um die nötigen realen Sicherungen zu erreichen. Das

Verlangen des Rates von Flandern

findet hoffentlich die nötige Berücksichtigung bei unserer Regierung. Gegen die austro-polnische Lösung haben jetzt auch die Deutsch-Oesterreicher schwere Bedenken. Ich bitte um Annahme unseres Antrages auf Reform des Auswärtigen Amtes.

Auf Antrag des Abg. Gröber wird der Antrag dem Hauptausschuß überwiesen.

Abg. Haase (U. S.): Herr v. Kühlmann hat es

nicht verstanden, in Schönheit zu sterben.

Sieger ist Graf Westarp geblieben. Bei uns herrscht eben die Militärpartei. Der Sieg im Osten verbürgt uns nicht den Sieg im Westen. Im Osten finden wir überall eine unheilvolle Politik. Durch militärische Erfolge allein ist der Frieden nicht zu erringen. Die Volksmassen müssen begreifen, daß es ihre Aufgabe ist, den Frieden zu erzwingen.

Abg. Werner-Gießen (Deutsche Fraktion): Was versteht Herr v. Kühlmann unter den Grenzen, die uns bestimmt sind. Die Führer des Volkes haben die Pflicht, die Großtaten des Heeres auszunützen und dürfen nicht die Stimmung herabmindern. Von Rußland hätte entschieden noch mehr herausgeholt werden können.

Um 8½ Uhr wird die Debatte auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Die rumänischen Verträge im Hauptausschusse.

WTB. **Berlin**, 25. Juni. Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des rumänischen Friedensvertrages fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung regte der Vorsitzende Abg. Ebert an, die Erörterungen kurz zu halten, damit morgen die Verhandlungen über den Friedensvertrag abgeschlossen werden können. Dann soll in dieser Woche in erster Lesung noch erledigt werden die Gesellschaftssteuer- und das Besitzsteuergesetz. In der übernächsten Woche soll die zweite Lesung möglichst bei gesamten Steuergesetze folgen. Der Vorschlag des Präsidenten, auf eine weitere allgemeine Aussprache über den Friedensvertrag zu verzichten, die einzelnen Artikel gleich vorzunehmen und sich dabei lediglich auf Anfragen zu beschränken, fand die Zustimmung des Ausschusses. Darauf wurde Kap. 1 (Wiederherstellung von Frieden und Freundschaft) ohne Erörterung angenommen. Beim zweiten Kapitel (Demobilisierung der rumänischen Streitkräfte) beantwortete bei Art. 4 Staatssekretär v. Kühlmann Anfragen der Abgg. Erzberger (Zentr.) und Müller-Meiningen (Fortschr.) über die Lage der Deutschen in Bessarabien.

Die flämische Frage.

Köln, 25. Juni. Zu der unter dem 23. Juni veröffentlichten Erklärung des Rates von Flandern an das deutsche Volk wird der „Köln. Ztg." von besonderer Seite geschrieben:

Der Aufruf stellte als politisches Ziel die Aufrichtung eines flämischen Staates mit einem eigenen Parlament, eigener Verwaltung und einem eigenen Richterstande auf. Es ist kein Zweifel, daß unter diesen Bedingungen das flämische Volk tatsächlich eine Gewähr dafür erhalten würde, daß die früher für das flämische Volkstum so trüben Zustände nicht wiederkehren. Eine einheitliche staatliche Organisation mit einheitlichem Parlament, wie es das Belgien von 1830 war, bietet in ihrer bisherigen Art für keine der zwei so wesentlich verschiedenen Nationalitäten, der Flamen und Wallonen, die Möglichkeit, selbständig und unbehindert durch das andere ihre völkische Eigenart zu entwickeln. Es muß deshalb zum politischen und nationalen Heil der beiden Volksstämme, und zwar der Wallonen ebenso wie der Flamen, eine über den Rahmen der bloßen Verwaltungstrennung hinausgehende Scheidung erwogen werden. Eine solche Verselbständigung Flanderns und Wallonens würde natürlich nicht hindern, daß die beiden Staaten miteinander eine Verbindung eingehen, die es ihnen ermöglicht, durch eine gemeinsame Gesetzgebung diejenigen Angelegenheit zu ordnen, die insbesondere wegen der eisenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen einer gemeinsamen Regelung bedürfen. Für Deutschland wäre in einer solchen Regelung eine reale Garantie erreicht, daß tatsächlich die französische Einfuhr in das bisherige Belgien zurückgedrängt wird und daß dieses Land nicht das Aufmarschgebiet unserer Feinde wird. Ein freies Flandern hat ebenso wie Deutschland das Interesse, französische oder englische Heere von seinen Grenzen fernzuhalten. Schutzmaßnahmen hiergegen schützen unmittelbar auch Flandern. In wirtschaftlicher Beziehung bedarf aber ein solches Flandern aus den von der Natur gegebenen Bedingungen heraus der Anlehnung an das Deutsche Reich. Fest umschriebene Bestimmungen des Friedensvertrages müssen diese Anlehnung erleichtern und dauernd sicherstellen. Sie müssen auch Wallonien, dessen wirtschaftliche Kräfte weder Flandern noch Deutschland missen wollen und können, mit umfassen. Dadurch wird nicht verhindert, daß beide Staaten sich ihr eigenes Staatsleben nach ihrem eigenen Willen einrichten und entwickeln.

Die Wiener Kabinettskrise.

Wien, 24. Juni. Den Blättern zufolge sprach sich die Mehrheit der Minister in dem gestrigen Ministerrat gegen ein § 14-Regime aus, indem sie auf die Gefahren eines Regimes ohne Parlament unter den heutigen schwierigen Verhältnissen verwies, worauf das gesamte Kabinett sein Rücktrittsgesuch einbrachte. Die Polen äußerten die Hoffnung, daß der Monarch die Demission genehmigt und ein neuer Mann mit der Kabinettsbildung betraut werde. Sie betonen, daß die Ernennung der Minister wohl ausschließlich das Recht des Monarchen sei, doch hätten die Parteien das Recht, einen Ministerpräsidenten abzulehnen. Von diesem Recht hätten die Polen Gebrauch gemacht. Der Obmann des Polenklubs, Tertil, versicherte dem Abg. Waldner, daß die Polen bereit sind, mit den Deutschen eine Mehrheit zu bilden. In parlamentarischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß der Eisenbahnminister Ranhans provisorisch die Leitung des Kabinetts übernehmen werde, wobei das Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung, jedoch ohne den Ministerpräsidenten v. Seidler, erhalten bleibe.

Großfürst Michael geflohen.

Der Großfürst an der Spitze der Gegenrevolution.

WTB. **Moskau**, 23. Juni. Die hiesige Presse meldet: Die Flucht des Großfürsten Michael aus Perm ist am 15. Juni nachts erfolgt. Eine Abteilung angeblicher Roter Gardisten entführte den Großfürsten im Kraftwagen unter Vorweisung eines gefälschten Sowjetbefehls, wonach er nach Moskau überführt werden sollte.

Ein Diensttelegramm von der Murmanbahn meldet, daß 60 Proz. der Bahnbeamten wegen Ernährungsschwierigkeiten am Typhus und Skorbut erkrankt sind.

Moskau ist von jeder Verbindung mit Turkestan abgeschnitten. Nur auf Umwegen kommen Nachrichten über eine Bewegung für eine Abtrennung von Rußland und Autonomie.

In Omsk soll Großfürst Michael an der Spitze der Gegenrevolutionäre ein Manifest an die russische Bevölkerung erlassen haben, in dem er bei seiner Abdankung beharrt und dem einzusberufenden Semskij Sobor die Entscheidung über die Regierungsgewalt überläßt.

Die russische Ernährung.

Stockholm, 24. Juni. In einem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten in Moskau heißt es:

Es ist unmöglich, die Macht der Sowjets vor Hungersnot kapitulieren zu lassen. Aus den Gebieten Zaritzin, Don und Kuban werden gewaltige Vorräte an Lebensmitteln in den nächsten Tagen nach der Gegend von Moskau und weiter nördlich geliefert werden. Inzwischen wird der Aufstand in Sibirien erstickt sein und die Lebensmittel, die sich unterwegs befinden, werden ihren Bestimmungsort erreichen. Um diesen Plan zu verwirklichen und für immer die unsittlichen Bestrebungen des reaktionären Bürgertums zu brechen, greift das Volk zu folgenden Maßnahmen: Teilweise Mobilmachung der Wolgagebiete, des Ural und Sibiriens, sowie in den dem Aufstandsgebiet benachbarten Gebieten; alle örtlichen Sowjets üben eine starke Kontrolle über die Bürger aus, um jede Verschwörung unbarmherzig zu unterdrücken; ehemalige Offiziere, die ehrlich an der Wiederherstellung der sowjetistischen Armee gearbeitet haben, genießen vollständige Straflosigkeit; Schutz der Sowjetbehörden. Die verschworenen Offiziere und Mitschuldigen von Skoropadsky, Krasnoff und dem sibirischen Obersten Ivanoff werden ohne Skoropadskys Gnade hingerichtet.

Schwere Kämpfe um Jekaterinburg.

WTB. **Moskau**, 23. Juni. Nach einer Meldung der Presse sollen die tschechisch-slovakischen Truppen in Jekaterinburg eingedrungen sein. In der Stadt sollen schwere Kämpfe entbrannt sein.

Güterverkehr zwischen der Ukraine und Rußland.

Kiew, 24. Juni. Nach Meldungen der Presse hat die Eisenbahnkommission beschlossen, den Güterverkehr zwischen der Ukraine und Rußland in den nächsten Tagen zu eröffnen.

Eine neue slavische Legion.

Rotterdam, 24. Juni. Nach dem „Nieuw. Rott. Cour." meldet der „Daily Telegraph" aus Newyork vom Sonntag, daß eine slawische Legion aus in den Vereinigten Staaten wohnenden Vertretern der unterdrückten Völker Deutschlands und Oesterreichs gebildet werden wird. Man ist der Ansicht, daß diese Legion am besten in Rußland verwendet wird, vorausgesetzt, daß man sich überhaupt zu einer Intervention in Rußland entschließt. Nach Telegrammen aus Washington drängen die Alliierten bei der Regierung immer mehr darauf, diese Intervention zu unterstützen.

Wilson für die Intervention in Sibirien bekehrt?

Rotterdam, 25. Juni. Der „Nieuwe Rott. Cour." meldet aus London: Anläßlich der Gerüchte, daß Präsident Wilson jetzt zur Intervention in Sibirien bekehrt sein soll, bemerkt „Manchester Guardian", daß Wilson, wenn er seine Ansichten über die Politik der Alliierten in Rußland wirklich geändert hat, mit seiner neuen Auffassung ebensowenig hinter dem Berge halten würde als mit den früheren. Seine letzte Tat, die Entsendung einer Eisenbahnmission, um Rußland zu helfen, sei ein ziemlich deutliches Anzeichen dafür, daß er an seiner ursprünglichen Ueberzeugung festhalte.

Falsche Gerüchte über einen Aufstand.

WTB. **Konstantinopel**, 24. Juni. Agentur Milli meldet: Einer von den „Daily News" veröffentlichten und dem „Nieuw. Rott. Cour." sowie anderen Blättern nachgedruckten Depesche der „Agence d'Athènes zufolge soll an der ägäischen Küste von Kleinasien ein Aufstand ausgebrochen sein, der sich von Edremid bis Odebwisch im Vilajet Aidin ausgedehnt habe. Essad Pascha, der zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt worden sei, habe mit den Aufständischen im Einvernehmen mit dem Wali von Smyrna gemeinsame Sache gemacht. Diese Gerüchte sind lächerlich und frei erfunden. Sie zeigen lediglich, welcher Machenschaften sich die Anhänger Venizelos bedienen, um die öffentliche Meinung Europas gegen die Türken aufzuhetzen.

Deutsches Reich.

Hohe Auszeichnung für Oberhofprediger Dryander.

Berlin, 25. Juni. Der Kaiser hat aus Anlaß seines 30jährigen Regierungsjubiläums dem Oberhofprediger Dryander den Hohen Orden vom Schwarzen Adler nebst dem Großkreuz des Roten Adler-Ordens mit Eichenlaub verliehen.

Der Magistrat im Kampf um Kirschen.

Erfolgreiche Beschwerde gegen die Provinzialobststelle. — 2200 Zentner Kirschen aus dem Unstruttale.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 25. Juni.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Justizrat Dr. Keil, Justizrat Dr. Führing, Eisenbahnobersekretär Rechnungsrat Borchert und Kaufmann Weschke.

Der Herr Vorsteher teilt mit, daß am 6. Juli in Halle der Provinzial-Städtetag tagen wird, um sich mit der Wohnungsnot und mit dem Aufstieg der Begabten zu beschäftigen. Die Versammlung entsendet dazu als ihre Vertreter die Herren Stov. Balke, Richter und Hoß.

Ferner gibt der Herr Vorsteher eine Eingabe der hiesigen

Bäckerinnung

bekannt, worin ausgeführt wird, daß zwei Drittel der hallischen Bäckermeister auf Tage hinaus ohne Mehl gewesen seien. Die kleinen Betriebe habe man ohne Mehl gelassen, während die Brotfabriken genügend Mehl bekamen; die städtischen Behörden möchten eingreifen, um die kleinen, schwer um ihre Existenz ringenden Bäckermeister zu unterstützen. Dazu erklärt

Herr Stadtrat Wurm: Die Ausführungen in dieser Eingabe sind völlig ungerechtfertigt. Die Tatsachen, die die Petition anführt, sind falsch. Es hat eine Besprechung mit führenden Männern der Bäckerinnung stattgefunden und die Herren haben selbst anerkannt, daß die Klagen ganz unberechtigt sind. Die Innung ist lediglich vier Schreiern gefolgt, als sie jene Eingabe beschloß. Richtig ist es, daß vier Bäckermeister drei Tage hindurch ohne Mehl gewesen sind, aber das war

ihre eigene Schuld.

Es hat nämlich eine Stockung bestanden, dadurch veranlaßt, daß eine Mühle, die mit der Lieferung an der Reihe war, einen technischen Defekt hatte. Die Bäcker bekommen soviel Mehl, daß sie Vorrat haben, wenn sie damit gewissenhaft umgehen und in vorschriftsmäßiger Weise strecken. Jene Bäcker nun, die da Beschwerde führen, haben wider besseres Wissen und wider die Verordnung das ihnen zugewiesene Mehl vorzeitig verbacken oder die Streckungsmittel nicht angewendet. Wir haben eine polizeiliche Revision vornehmen lassen und dabei ergab sich, daß von 13 revidierten Bäckereien 7 Verfehlungen begangen haben. Diese Meister werden bestraft werden. Die Bäcker haben auf Brotmarken, die auf einen späteren Termin lauten, schon Brot ausgegeben. Das ist natürlich unzulässig. Die Bäcker, die gewissenhaft gehandelt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180626014/fragment/page=0003

haben, können gar nicht in Not mit ihren Mehlvorräten geraten. Die Mehlversorgung klappt bei uns tadellos, wie ja denn auch über die Brotversorgung wohl nie im Stadtverordnetenkollegium Klagen geführt worden sind.

Die Versammlung erklärt daraufhin die Eingabe für erledigt.

Weiter liegt eine Eingabe einer Frau Ziervogel vor, die sich darüber beklagt, daß das Stadternährungsamt,

wenn jemand die Butterkarte verliert,

eine Woche lang keine Butter liefert. Das sei eine große Härte, denn man strafe ja damit nicht bloß den, der die Butterkarte verliert, sondern auch die anderen Familienmitglieder. Man müsse auch bedenken, daß man zum Einsolen der Waren vielfach nur Kinder habe, bei denen es schon mal vorkommen könne, daß sie solche Karte verlieren. Wenn die Stadt 1 Mk. Strafgeld erhebe, so sei das berechtigt. Die Ausschließung vom Butterbezug sei aber ungerechtfertigt, zumal mit der verlorenen Butterkarte, nachdem man die Kundenliste eingeführt habe, kein Mißbrauch getrieben werden könne.

Herr Bürgermeister Sendel: Die Nahrungsmittelkarten sind Urkunden, die sorgfältigste Behandlung erheischen. Viele Städte erheischen überhaupt keinen Ersatz. Unfug kann doch damit getrieben werden, denn die Händler prüfen nicht in jedem Falle, ob der Betreffende zu ihrer Kundenliste gehört. Die Verluste von solchen Karten würden sich sehr häufen, wenn darauf nicht Entziehung des betreffenden Nahrungsmittels stände. Eine rigorose Maßnahme ist das keineswegs, wenn man auf eine Woche den Butterbezug sperrt.

Die Eingabe wird damit einstweilen für erledigt erklärt.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 betrifft eine Aenderung der Geschäftsordnung, über die Herr Vorsteher Keil berichtet. Nach der Geschäftsordnung sind für die Beschlüsse der Stadtverordneten mehr als die Hälfte der Mitglieder nötig. Da aber von 66 Mitgliedern der Versammlung zurzeit 9 durch den Tod ausgeschieden sind und 11 im Heeresdienste stehen, will man künftig für die Beschlußfähigkeit „mehr als ein Drittel" für ausreichend erklären, nachdem unlängst in diesem Sinne ein Ermächtigungsgesetz ergangen ist.

Herr Stv. Hoß regt an, ob man nicht im Herbst Neuwahlen vornehmen könne. Die Wahlen könnten ja unter dem Zeichen des Burgfriedens stattfinden, indem sich die Parteien, was leicht zu machen ist, vorher einigen.

Die Herren Stv. Emmer und Gröbel bitten, den Magistratsantrag abzulehnen, da die Versammlung auch jetzt schon unter den alten Bestimmungen trotz der Einziehungen und Abgänge durch Tod ungestört habe arbeiten können.

Herr Vorsteher Keil entgegnet Herrn Hoß, daß ein Stadtverordnetenbeschluß vorliege, in diesem Jahre von Neuwahlen abzusehen.

Der Antrag des Magistrats wird sodann genehmigt.

Punkt 2 betrifft die Gewährung von

Kriegszulagen an städtische Arbeiter im Ruhestand.

Wie Herr Stv. Scheithauer darlegt, beantragt der Magistrat, zum Zwecke der Gewährung von Kriegszulagen zu den Bezügen der im Ruhestand lebenden nichtpensionsberechtigten städtischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen für das Rechnungsjahr 1918 einen Betrag bis zu 20 000 Mk. aus dem Kriegsfonds zu bewilligen. Nachdem durch die Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom 27. Mai 1918 bezw. 3. Juni 1918 die Frage der Gewährung von Kriegszulagen an die im Ruhestand lebenden städtischen Beamten, auf Dienstvertrag Angestellten und Lehrpersonen sowie an ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen geregelt worden ist, gilt es, auch die zur Zahlung von Kriegszulagen zu dem Ruhegelde der nichtpensionsberechtigten städtischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen erforderlichen Mittel bereit zu stellen.

Die Zulagen sollen wie bei den Beamten ebenfalls mit Rückwirkung vom 1. April 1918 auf Antrag gewährt werden, vorausgesetzt, daß im einzelnen Falle Bedürftigkeit vorliegt.

Die Anträge auf Gewährung der Kriegszulagen sind unter genauer Angabe der Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie der Zahl der Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre oder älterer erwerbsunfähiger Kinder an diejenige städtische Dienststelle schriftlich einzureichen, bei der der Ruhegeldempfänger zuletzt beschäftigt war. Ueber die Gewährung und die Höhe der Zulagen entscheidet unter Ausschluß jedes Rechtsanspruches allein der Magistrat.

Die Zahlung der Kriegszulagen erfolgt gleichzeitig mit dem Ruhegelde und Hinterbliebenenbezügen.

Da der gesamte Aufwand für Ruhegelder und Hinterbliebenenbezüge der bezeichneten Gruppen von städtischen Bediensteten im laufenden Rechnungsjahre rund 31 000 Mk. beträgt, ist der lediglich für die Zulagen erbetene Betrag reichlich bemessen.

Die Vorlage wird debattelos angenommen.

3. Herr Stv. Berghaus erstattet Bericht über die Vorlage betreffend

Verpachtung von Hospitalplänen.

Der Magistrat beantragt, der Verpachtung folgender Pläne: eines Planes in Größe von 8,2340 Hektar zum Preise von 40 Mk. je Morgen und Jahr, eines anderen Planes von 12,1791 Hektar zu 60 Mk., ferner von 21,2268 Hektar zu 65 Mk. je Morgen und von 9,2175 Hektar zu 36 Mk. auf die Dauer von sechs Jahren vom 1. Oktober 1918 ab an die Firma Gebrüder Nagel, sowie der Verpachtung eines Planes in Größe von 9,0070 Hektar zum Preise von 80 Mk. je Morgen und Jahr an den Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft vom 1. Oktober 1918 ab ebenfalls auf die Dauer von sechs Jahren zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die bei Außerpachtziehung seitens der Stadt zu gewährenden Entschädigungen wie folgt vereinbart werden: Bei den Plänen, für welche 60 Mk. und mehr Pacht je Morgen gezahlt werden, für volle Düngung je Morgen auf 50 Mk., für halbe Düngung je Morgen auf 25 Mk., für Pflueglohn einschließlich des Eggens und Walzens 10 Mk., bei den Plänen, bei denen die Pacht unter 60 Mk. je Morgen beträgt, dagegen die bisherigen Sätze gelten sollen, nämlich für volle Düngung 30 Mk., für halbe Düngung 15 Mk., für Pflueglohn 6 Mk. je Morgen.

Die Vorlage wird genehmigt.

4. Die offene Handelsgesellschaft A. Hennig, hier, ist in den Magistrat herangetreten mit dem Antrage, ihr von dem alten Gasanstaltsgrundstück an der Hafenstraße eine an das Hennigsche Grundstück angrenzende etwa 166 Quadratmeter große Fläche zu verkaufen. Es handelt sich um eine Fläche, die einen für die Stadt ungünstigen spitzen Winkel bildet, die von der Stadt nicht gut ausgenutzt werden kann und die nach dem Gutachten des Kuratoriums des Gas- und Wasserwerks für die Zwecke dieser Werke nicht in Betracht kommt und deren Verkauf unbedenklich erfolgen kann. Die Baudeputation hat das Gelände auf 30 M. je Quadratmeter ohne Straßenausbaukosten bewertet. Die Firma Hennig ist bereit, 33 M. je Quadratmeter zu zahlen und die Straßenausbau- und Freilegungskosten, sowie die sämtlichen Uebereignungskosten zu übernehmen. Der Magistrat hat dem Verkaufe unter diesen Bedingungen zugestimmt.

Der Referent Herr Stv. Berghaus empfiehlt den Verkauf, nur müsse nach Ansicht des Grundeigentumsausschusses der Preis auf 40 M. festgesetzt werden, da die Nachbarparzellen ähnliche Preise gebracht haben.

Die Versammlung genehmigt den Verkauf zum Preise von 40 M.

(Schluß folgt.)

Außerhalb der Tagesordnung nimmt Herr Oberbürgermeister Dr. Rive das Wort: Mir kommt soeben ein Artikel der „Saale-Zeitung", heutige Nummer, in die Hand, überschrieben „Auch

die städtischen Kirschenpachtungen

beschlagnahmt?" Ich benutze die Gelegenheit, die Sache, die die weitesten Kreise der Bürgerschaft interessiert, hier öffentlich zu erörtern. Was in dem Artikel der Saale-Zeitung gesagt wird, ist nicht unberechtigt oder, richtiger noch, ist nicht unberechtigt gewesen, denn inzwischen ist es uns gelungen, die Maßnahme, von der der Artikel berichtet, rückgängig zu machen. Das Stadternährungsamt hatte sich alle erdenkliche Mühe gegeben, der hallischen Bürgerschaft Kirschen zu sichern, und es war ihm auch gelungen, dank besonders günstiger Verbindungen im Querfurter Kreis Kirschplantagen zu pachten. War es auch nicht viel, so konnten wir den Ertrag doch immer auf 2000 Zentner schätzen; neuerdings, wo die Kirschen sich gut entwickelt haben, lautet die Schätzung sogar auf

2200 Zentner.

Erfreulich ist es, daß jene Kirschen zu den allerbesten in unserer Provinz gehören. Da erschreckte uns plötzlich das Eingreifen der Provinzialobst- und Gemüsestelle, die sich auf den Standpunkt stellte, wir hätten die Kirschen zu teuer bezahlt, daraufhin die Enteignung vornahm und sich anschickte, die Kirschen den Marmeladenfabriken zu überweisen. Der Vorsitzende unseres Stadternährungsamtes, Herr Bürgermeister Sendel, hat sich, als die Kunde eintraf, sofort auf den Weg gemacht, um **gegen den gewaltsamen und auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Beschluß anzugehen.** Er hat zunächst Beschwerde beim Regierungspräsidenten erhoben, und als dessen Zuständigkeit nicht klar erschien, eine Beschwerde an die Reichsgemüsestelle gerichtet. Zugleich wurde der Provinzialobststelle der wahre Sachverhalt des Näheren dargelegt. Herr Bürgermeister Sendel hat dann noch in Berlin persönlich seiner Beschwerde Nachdruck gegeben, mit dem Erfolge, daß **in Halle eine Sitzung mit Vertretern der Provinzialobststelle und der Reichsobststelle stattfand,** in der auch Gutachter gehört wurden. Dabei ergab sich, daß die Voraussetzungen, von denen die Provinzialobststelle ausgegangen war, falsch waren. Namentlich das Gutachten des Direktors des Provinzialobstgartens fiel in die Waschschale. **Man erkannte an, daß keine Ueberschreitung der Preise vorliege. Auf diesem umständlichen, mühevollen und ärgerlichen Wege des Verhandelns ist es endlich der Stadt gelungen, die Enteignung rückgängig zu machen.** Wir danken das dem schnellen und umsichtigen Eingreifen des Stadternährungsamtes, insonderheit des Herrn Bürgermeisters Sendel.

Man fragt sich: **Wie ist es möglich, daß eine staatliche Stelle in dieser Weise fehlgreift?** Die Frage hat man schon mehrfach stellen können bei anderen Gelegenheiten, ohne eine Antwort zu erhalten; hier aber ließ sich Aufklärung schaffen: **die Provinzialobststelle hatte eben irrige zahlenmäßige Unterlagen gehabt.** Sie war aus dem Kreise Querfurt falsch berichtet worden und hatte dann enteignet. **Auf den Gedanken, mal den hallischen Magistrat zu hören, war sie nicht gekommen, obwohl der Magistrat doch der zunächst Beteiligte oder gar Geschädigte war.** Manchmal allerdings ist ja in der jetzigen Zeit der Magistrat auch gleich der Verurteilte. Erst die Verhandlungen ergaben, daß die zahlenmäßigen Unterlagen falsch waren. Die behördliche Stelle hat ihren Irrtum erkannt, aber ein derartiges Verfahren einer Behörde bleibt doch immer zu beklagen. Die Hauptsache aber ist, **die hallische Bürgerschaft hat die Freude, die Kirschen, die ihr das Stadternährungsamt besorgen wollte, auch tatsächlich zu erhalten.** Wenn auch auf den Kopf bloß ein bis anderthalb Pfund kommen, so ist das doch wenigstens etwas. Sonst gibt es ja Kirschen überhaupt nicht zu sehen. Ich bin in Berlin gewesen und habe auch nach den Gemüsewagen geschaut. Sie boten Rosenkohl, aber keine Kirschen. Etwas besser sind wir also dran.

Herr Vorsteher Keil: Es ist erfreulich, zu hören, daß der Magistrat sich erfolgreich im Interesse der Bevölkerung bemüht hat. Das Stadternährungsamt und sein Leiter, Herr Bürgermeister Sendel, verdienen dafür Dank.

Entscheidung betr. Enteignung geistigen Eigentums zur Sicherstellung von Kriegsbedarf. Es sind Zweifel entstanden, ob die Verordnung des Bundesrats über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. 6. 1915, in der neuen Fassung vom 26. 4. 1917 auf Erfindungen und Betriebsgeheimnisse anwendbar ist, die bei der Herstellung oder dem Betriebe von Kriegsbedarfsartikeln zur Bewertung gelangen. Durch Entscheidung vom 9. April 1918 hat sich nun das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft für die Festsetzung des Uebernahmepreises für enteignete Konstruktionszeichnungen als zuständig erklärt und die Anwendbarkeit der genannten Verordnung auf die Enteignung geistigen Eigentums bejaht.

Provinzial-Nachrichten.

Pölzig, 25. Juni. (Großer Zigarrendiebstahl.) In der Schmidtschen Zigarrenfabrik in Pölzig sind nachts gegen 14 000 Stück Zigarren gestohlen worden. Das Gesamtgewicht beträgt etwa 1½ Zentner.

Zerbst, 25. Juni. (Der Vieh- und Pferdemarkt) zeigte eine Beschickung fast wie ein normaler Friedensmarkt. Es waren weit über 100 Pferde und etwa 500 Ferkel und Läuferschweine angetrieben. Wegen der enorm hohen Preise blieb der Pferdehandel aber still. Für Ferkel wurden Preise von 60 bis 150 Mark (!) für das Stück gefordert und gezahlt, für Läuferschweine 150—250 Mark. Der anfänglich lebhafte Handel flaute unter dem Einfluß der ständig wachsenden Preise gegen Ende stark ab und ließ Ueberstand. Trotzdem zeigte der übliche Wochenferkelmarkt tags darauf wieder rege Kauflust bei noch saftigeren Preisen. Unter 75 Mark ging kein Ferkel weg, der Durchschnittspreis war 100—110 Mark, ein Händler forderte gar 250 Mark für das Stück seiner 35 Pfund schweren Tiere. Der Markt war schnell geräumt.

)(**Löbau,** 25. Juni. (Eine einzige leerstehende Wohnung!) In der letzten Stadtgemeinderatssitzung teilte Bürgermeister Dr. Schaarschmidt mit, daß gegenwärtig in der ganzen Stadt eine einzige Wohnung leerstehe, wohl nur, weil sie 1100 Mark Miete kostet. Löbau hatte 1910 über 11 500 Einwohner.

Dessau, 25. Juni. (Das bisherige Ergebnis der Ludendorff-Spende) in Anhalt beträgt 269 502,90 Mk.

Bitterfeld, 25. Juni. (Ein Einbruchsdiebstahl) wurde in einer der letzten Nächte in der Dampfmolkerei Kütten ausgeführt. Aus den Geschäftsräumen wurden ein Treibriemen, 1¼ Zentner Butter, Vorräte an Käse u. a. Gegenstände gestohlen.

Aus Thüringen, 25. Juni. (4 Söhne gefallen.) Dr. Frhr. v. Dobeneck auf Rittergut Neuhaus bei Naila gibt bekannt, daß am 12. Juni sein vierter Sohn, der Kgl. preuß. Major und Regimentskommandeur Gottfried Frhr. v. Dobeneck in Feindesland sein Leben dahingegeben hat wie vor ihm schon drei seiner Brüder.

Letzte Depeschen.

Chinas Außenminister über die Lage im fernen Osten.

WTB. London, 25. Juni. (Drahtnachricht.) Wie „Daily Mail" von ihrem Auftrager aus Peking erfährt, sagte der chinesische Minister des Aeußern Lu Chenglang in einem Gespräch: China muß in seinem eigenen Interesse und im Interesse der Alliierten den Vormarsch der Deutschen nach dem fernen Osten verhüten. Da China keinen territorialen Ehrgeiz hat, kann es keinen Verdacht erwecken. Wir werden die Instruktionen der Alliierten abwarten, wenn nicht die äußerste Gefahr jeden Verzug verbietet. Die Intervention würde zu ihrem einzigen Zwecke haben, den Vormarsch des gemeinsamen Feindes aufzuhalten. Das chinesisch-japanische Bündnis ist kein Offensiv- oder Defensiv-Bündnis. Es ist für einen bestimmten Zweck und für ein bestimmtes Gebiet abgeschlossen worden. Es würde nur wirksam werden, falls es in Sibirien zum Kriegszustande käme und würde außer Kraft treten, sobald die Feindseligkeiten aufhören. Ich betone ausdrücklich, daß China keine heimlichen Absichten hat und daß das Vorgehen nur eine Folge der Tatsache ist, daß es sich mit Deutschland im Kriege befindet. Obwohl das Zarentum stets angriffslustig gegen China war, sind wir der Ansicht, daß Rußland als Großmacht für das Gleichgewicht notwendig ist. Ein starkes demokratisches Rußland würde sowohl für Asien wie für Europa gut sein. Chinas Entschluß, Deutschland den Krieg zu erklären, war ein Beweis seines Vertrauens in den Erfolg der Entente, trotz der Schwankungen denen das Glück der Alliierten ausgesetzt war.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Preiserhöhung für Niederlausitzer Briketts.

Das Niederlausitzer Brikettsyndikat hat beschlossen, die Preise für Briketts vom 1. Juli ab um 10 Pfennige für den Zentner zu erhöhen. Diese Erhöhung macht sich notwendig, um die inzwischen erheblich gestiegenen Löhne und Materialpreise zum Teil auszugleichen, damit der Bergbau, der zuletzt am 1. Oktober 1917 seine Verkaufspreise aufbessern mußte, als wichtigste Grundlage der Kriegswirtschaft leistungsfähig bleibt, und auch die Hausbrandversorgung nicht noch mehr als bisher Einschränkung erfahren muß.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 25. Juni. Im heutigen Börsenverkehr machte die Lustlosigkeit noch in stärkerem Maße geltend als gestern. Es mangelte an Kauflust, was zur Folge hatte, daß die Kurse, trotzdem ein dringendes Angebot nicht bestand, in allen Wertpapiergattungen bei nur wenigen Ausnahmen zum Teil nicht unerheblich Einbuße erlitten. Von Rüstungswerten waren namentlich Rheinmetall gedrückt, während Vereinigte Köln-Rottweiler sich höher stellten. In guter Haltung verkehrten ferner Mannesmannröhren, Elberfelder Farben und Deutsche Kali. Auch Prinz-Heinrich-Bahn blieben behauptet. Von der sonstigen Geschäftsstille stach stark die Lebhaftigkeit in Bemberg-Aktien ab, die stark schwankten, mit dem Ergebnis einer wesentlichen Besserung. Auf dem Anlagemarkte haben österreichische und ungarische Renten nachgegeben. Deutsche Anleihen konnten sich behaupten.

Die Devisenkurse blieben heute unverändert.

Getreide.

Berlin, 25. Juni. Die Möglichkeit, sich stärker zu betätigen, war für die Händler sehr beschränkt. Serradella, Kleesaaten u. Grassämereien, für die sie noch immer Käufer sind, standen ihnen nur in kleinen Mengen zur Verfügung, und die Anregung mit dem Ankauf von Roggen, Gerste, Raps und Rübsen für die Herbstbestellung zu beginnen, fanden bei den Verbrauchern noch keine sonderliche Beachtung. Ebensowenig war es möglich, den Absatz von Gemüse, Kohl- und Rübenpflanzen, die weiter in großen Mengen zum Verkauf gestellt wurden, zu heben. Greifbares Getreidestroh fehlte, auch auf spätere Lieferung gelangen Abschlüsse noch nicht, und Heu traf nur in kleinen Posten ein, während auf Abladung etwas Material zur Verfügung stand, dem man gegenüber einige Vorsicht zeigte. Rapsstroh fand schlank Absatz, auch für greifbares gutes Heidekraut wären Abnehmer vorhanden gewesen, doch trugen die Eigner Bedenken, unverkaufte Ware hierherzusenden.

Zur Frage der Erhöhung der Mahllöhne wird aus Berlin berichtet: Gegenüber den Nachrichten, wonach eine Erhöhung der Mahllöhne für die Mühlen im nächsten Wirtschaftsjahre erfolgen soll, ist mitzuteilen, daß über eine etwaige Erhöhung der Mahllöhne im neuen Erntewirtschaftsjahr seitens der Reichsgetreidestelle Beschlüsse noch nicht gefaßt sind. Die Frage, ob die Steigerung der Unkosten, die hinter den Erwartungen zurückgebliebene Beschäftigung der Mühlen durch die Reichsgetreidestelle usw. eine Steigerung des Mahllohnes rechtfertigen wird, ist von einer im Gange befindlichen Prüfung über das voraussichtliche finanzielle Ergebnis der R.-G.-Mühlen in dem sich seinem Ende nähernden Erntejahr 1917/18 abhängig.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 24. Juni. Weizen: Juli —, September —. Mais: Juni 143, Juli 143¼, September 146. Schmalz: Juni 25,15, Juli 25,35, Sept. 42,50. Pork: Juni 42,90, Juli 23,02, Sept. 23,40. Rippen: Juni 22,50, Juli 23,00, Sept. —. Hafer: Juni —, Juli 77⅞, Sept. 77⅞.

Newyork, 24. Juni. Winterweizen, Mais, Mehl, Zucker unverändert. Kaffee 8¾.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19180626014/fragment/page=0004